

Wie konstituiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem "freien Markt"? Chancen und Restriktionen neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern

Lohr, Karin; Simon, Dagmar; Sparschuh, Vera; Wilsdorf, Steffen H.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lohr, K., Simon, D., Sparschuh, V., & Wilsdorf, S. H. (1996). Wie konstituiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem "freien Markt"? Chancen und Restriktionen neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 19(2), 100-121. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-36343>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Wie konstituiert sich sozialwissenschaftliche Forschung auf dem "freien Markt"?

Chancen und Restriktionen neugegründeter Institute und Vereine in den neuen Ländern¹

Karin Loehr, Dagmar Simon, Vera Sparschuh, Steffen Wilsdorf



Die deutsch-deutsche Vereinigung des Wissenschaftssystems ist mittlerweile vielfach als ein Institutionentransfer sowohl im universitären als auch im außeruniversitären Bereich beschrieben worden, und dies ist wohl auch der adäquate Begriff für die in den letzten Jahren vollzogene Entwicklung. Die von westdeutschen Akteuren initiierten und gesteuerten Abbau-, Umstrukturierungs- und Neuaufbauprozesse in den neuen Bundes-

¹ Anregungen für dieses Forschungsprojekt ergaben sich aus mehreren Quellen: M. Rainer Lepsius, der sich in mehreren Artikeln mit der Umstrukturierung der ostdeutschen Universitäten beschäftigt hat, regte an, auch den außeruniversitären Bereich einer genaueren Analyse zu unterziehen. Parallel dazu beschäftigte sich der vom DGS-Vorstand berufene zeitweilige Ausschuß für wissenschafts- und berufspolitische Fragen der Transformation (in dem Karin Loehr und Steffen Wilsdorf mitwirkten) mit der Neugestaltung der Wissenschaftslandschaft, und nicht zuletzt förderte die KSPW das Vorhaben einer empirischen Analyse der Entwicklungsprozesse im außeruniversitären Bereich auch finanziell. Wir danken daher den beteiligten Institutionen und Personen für die Beratung, Unterstützung und die interessanten Diskussionen.

ländern zeichneten und zeichnen sich durch eine weitgehende Angleichung an den bundesdeutschen Status quo auf diesem Gebiet aus - und dies trifft im besonderen Maße auch auf die uns hier interessierenden Sozialwissenschaften zu. Eine Übertragung bundesdeutscher institutioneller Strukturen ist insbesondere für den Bereich der Hochschulen, Universitäten und ebenso für die außeruniversitären, von Bund und Ländern direkt finanzierten Forschungseinrichtungen (z. B. Blaue-Liste-Institute) zu konstatieren.

Parallel zu diesem Prozeß entstand jedoch eine Anzahl von weiteren außeruniversitären, sozialwissenschaftlich orientierten Instituten und Vereinen, deren Gründung nicht auf direkten forschungspolitischen Vorgaben beruhte, sondern Züge eines nicht gesteuerten, spontan ablaufenden Prozesses trug und direkt von ostdeutschen Sozialwissenschaftler unterschiedlicher Provenienz ausging. Diese Gründungen konstituierten aber auch die neue sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft. Es handelt sich hier um Institute und Vereine, die aus vorhandenen sozialwissenschaftlichen Institutionen der DDR hervorgegangen sind und/oder von Sozialwissenschaftlern gegründet wurden, denen im Zuge des Umstrukturierungsprozesses ihre Institution "abhanden" gekommen ist und die dadurch zumeist auch ihren Arbeitsplatz verloren haben. Den neugegründeten Instituten und Vereinen ist gemeinsam, daß sie sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung betreiben. Da diese Einrichtungen bislang kaum Gegenstand von Reflexionen über die neue Wissenschaftslandschaft waren,² sollen sie hier in den Mittelpunkt der Analyse gerückt werden.

In bezug auf diese Institute stellen sich Fragen nach ihren (finanziellen) Rahmenbedingungen, Personalstrukturen und Motivationen der "Gründer", nach kooperativen Bezügen zu universitären und anderen außeruniversitären, sozialwissenschaftlichen Einrichtungen sowie nach der regionalen (Neu-)Verteilung der außeruniversitären Forschung in den neuen Bundesländern. Im Blick auf institutsinterne Prozesse ergab sich die Frage, ob in diesen Einrichtungen DDR-Forschungstraditionen eine Rolle spielten oder ob eine rasche Anpassung an neue Bedingungen und Orientierungen selbst in internen Diskussionen beobachtbar sein würde. Dabei interessiert insbesondere, wie das neue Forschungsfeld "Transformationsforschung" generiert wird.

Der Vergleich der "gesteuerten" und "spontanen" Neuordnung der Wissenschaftslandschaft impliziert die Frage, inwiefern sich hier Chancen zur Innovation tradierter Lehr-

2 Diese Institute waren bisher nicht oder nur am Rande Gegenstand von forschungspolitisch intendierten Untersuchungen. Dies erklärt sich vielleicht daraus, daß man sie nur als ein kurzlebiges Übergangsphänomen betrachtete, welches keine nennenswerten Auswirkungen auf die Neuformierung der Forschung haben würde. Neben dem Institutionentransfer (Mayntz 1994a, 1994b; Schimank/Stucke 1994) befaßte sich die Begleitforschung noch eher mit forschungspolitischen "Überbrückungs"maßnahmen für die ostdeutschen Wissenschaftler, vor allem mit dem Wissenschaftler-Intergrations-Programm (WIP) und den ABM-Maßnahmen, die in bisher unbekanntem Maße für den Wissenschaftsbereich eingesetzt wurden (vgl. Mayntz 1994a).

und Forschungsstrukturen ergeben könnten. Innovationen als ein Resultat institutioneller Differenzierungsprozesse (vgl. Lepsius 1990) wären sowohl im universitären wie auch im außeruniversitären Bereich durchaus denkbar. Dabei ist die Fragestellung, ob innovative Prozesse eingeleitet wurden, unter unterschiedlichen Aspekten zu diskutieren. Im Blick auf die Vergangenheit - also auf das Wissenschafts- und Forschungssystem der DDR - wirkt die Feststellung von Innovationen in diesem Bereich eher banal. Interessanter stellt sich die Auseinandersetzung mit der Kritik an dem bundesdeutschen Hochschulsystem, dem seit längerem gravierende Mängel nachgewiesen werden, und auch die Debatte über die Reformbedürftigkeit der außeruniversitären Forschungsorganisation dar. Bei einem Institutionentransfer West/Ost hätten sich in diesem Zusammenhang theoretisch Chancen geboten, diese Kritik bei der Neuordnung der Forschungslandschaft konzeptionell zu berücksichtigen.

Auch in bezug auf die Forschungsinhalte haben die Lamenti über den Zustand der Sozialwissenschaften und insbesondere der Soziologie durch den "plötzlichen" Zusammenbruch der DDR (der paradoxerweise besonders "überraschend" für die Sozialwissenschaften kam) hinsichtlich ihrer Analyse- und Prognosefähigkeit von *gesellschaftlichen* Entwicklungsprozessen besonderen Auftrieb erhalten.³ Dieses Thema wurde auch von Wissenschaftlern, die in dem Transformationsprozeß von Wissenschaft und Forschung einen aktiven Part übernahmen, aufgeworfen. Unter anderem äußerte Karl-Martin Bolte die Hoffnung, "... der Neugestaltungsprozeß in der früheren DDR könne auch als Chance begriffen werden, problematische Aspekte der bundesrepublikanischen Sozialwissenschaften ... wieder neu zu bedenken" (Bolte 1990, S. 12).

Die angesprochenen Fragen sind an alle Akteure des Institutionentransfers gen Osten zu richten. Ob Innovationschancen gesehen und auch wahrgenommen wurden, gewinnt jedoch besondere Bedeutung für diejenigen Institutsgründungen, die nicht nach bundesdeutschen Muster vollzogen wurden. Bevor wir jedoch auf die hier aufgeworfenen Fragen eingehen, soll der Verlauf des "gesteuerten" Umstrukturierungsprozesses kurz rekonstruiert werden.

3 "Trotz dieser alles in allem positiven Gesamtbilanz ist analytische oder gar prognostische Kapazität der Wissenschaft von der Gesellschaft im Hinblick auf gesellschaftliche Entwicklungs- und historische Wandlungsprozesse kaum entfaltet, sondern - wie die nationalen und internationalen Soziologentage oder die einschlägigen Fachorgane anschaulich demonstrieren - eher unterentwickelt. Entweder erschöpft sich die soziologische Theorie in den gewiß wichtigen Klärungsprozessen metatheoretischer Fragen ... oder sie zerfällt in den Partikularismus bindestrichsoziologischer Forschungsfelder" (Müller-Doohm 1991, S. 50).

1 Die Neugestaltung des Wissenschaftssystems als "gesteuerter Prozeß"

Der Gesamtprozeß der Abwicklung und Neustrukturierung der ostdeutschen Wissenschaft und Forschung betraf insgesamt drei Sektoren: Hochschulen, außeruniversitäre Einrichtungen und das Forschungs- und Entwicklungspotential in der Industrie. Auch hier sind forschungsstrukturelle Zusammenhänge, Akteurskonstellationen, Einflußpotentiale, Interessenlagen und Leitbilder zu berücksichtigen.

Generell kann - und das macht auch die grundsätzliche Differenz zu den "frei" gegründeten Instituten aus - von einem gesteuerten Prozeß mit bestimmbar Zielprämissen ausgegangen werden.⁴ Die Umstrukturierung des Hochschulsystems stellte nach dem föderalistischen Verständnis in der Bundesrepublik eindeutig Ländersache dar; insofern kamen hier als entscheidende Akteure die Hochschulrektorenkonferenz und die Kulturministerkonferenz zur Geltung. Dennoch nahm auch hier der Wissenschaftsrat im Blick auf strukturelle oder auf bestimmte Fächer bezogene Reformvorschläge eine bedeutende Funktion wahr (vgl. Mayntz 1994b, S. 292).

Für die außeruniversitäre Forschung wurden im § 38 des Einigungsvertrags dem Wissenschaftsrat Evaluationsaufgaben übertragen: "Die notwendige Erneuerung von Wissenschaft und Forschung unter Erhaltung leistungsfähiger Einrichtungen in dem in Artikel 3 genannten Gebiet dient eine Begutachtung von öffentlich getragenen Einrichtungen durch den Wissenschaftsrat, die bis zum 31.12.1991 abgeschlossen sein wird, wobei einzelne Ergebnisse schon vorher schrittweise umgesetzt werden sollen" (Mayntz 1994b, S. 103). Insbesondere für die Akademie der Wissenschaften, ihre Forschungsinstitute und sonstigen Einrichtungen wurde ein besonderes Prozedere festgelegt. Damit war die Karriere des Wissenschaftsrats als entscheidender Akteur bei der Evaluation der außeruniversitären Forschung vorgezeichnet; seine Empfehlungen für Auflösungen, Umstrukturierung und Neugründung von Forschungsinstituten bzw. Evaluation des wissenschaftlichen Personals mit Blick auf Anbindungen an bereits existierende Einrichtungen sind weitgehend umgesetzt worden.

In den vom Wissenschaftsrat vorlegten Empfehlungen heißt es: "Insgesamt gesehen kann es nicht einfach darum gehen, das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen. Vielmehr bietet der Prozeß der Vereinigung auch der Bundesrepublik Deutschland die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen" (Wissenschaftsrat 1990, S. 6).

4 In der folgenden Betrachtung vernachlässigen wir die Industrieforschung, die den "Kräften des freien Marktes" vollständig überlassen wurde: Mit dem Niedergang der ostdeutschen Industriezweige waren auch die angeschlossenen Forschungsbereiche dem Untergang geweiht. Bei der Übernahme industrieller Produktionsstätten fand häufig eine Ausgliederung der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen statt (vgl. Meske 1993).

Folgende Ziele standen bei der Umstrukturierung des Wissenschaftssystems im Vordergrund:

- Erhalt des Forschungspotentials in Ostdeutschland;
- Anpassung an die institutionelle Struktur in den alten Bundesländern; insbesondere der Abbau der konstatierten Asymmetrien zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung sowie des regionalen Ungleichgewichts;
- Überprüfung und Reformierung des westdeutschen Wissenschaftssystems mit Blick auf strukturelle Defizite, um so auch Innovationspotentiale für die neuen Bundesländer freizusetzen.

Obwohl die ersten beiden Zielvorstellungen während des Transformationsprozesses des DDR-Wissenschaftssystems die Umsetzungsstrategien der "Abwicklungs"-Akteure prägten, standen sie doch im Widerspruch zueinander: Anpassung an institutionelle Vorgaben und Strukturen, insbesondere die Reduktion des wissenschaftlichen Personals in den außeruniversitären Einrichtungen, mußte zwangsläufig mit der Zielprämisse des Erhalts des ostdeutschen Forschungspotentials kollidieren. Durch die Dominanz dieses Widerspruchs sind innovative Rückwirkungen auf das Wissenschaftssystem insgesamt weitgehend aus dem Blickfeld gerückt. Offensichtlich konnten dafür keine strategischen Allianzen der entscheidenden Träger gebildet werden, wie auch der Abwicklungs- und Neukonstituierungsprozeß insgesamt den Stempel eines gewissen Pragmatismus trug und keine weitergehenden Zielkonzepte formuliert wurden. In diesem Zusammenhang muß jedoch auf zwei von westdeutschen Akteuren geplante und gesteuerte institutionelle Innovationen verwiesen werden: die Kommission für die Erforschung des politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland (KSPW) in Halle und die Einrichtung von geisteswissenschaftlichen Zentren. Die KSPW versteht sich selber im Hinblick auf ihre Förder- und Forschungstätigkeit weder als eine traditionelle Fördereinrichtung noch als ein klassisches Forschungsinstitut, sondern als eine "in der Bundesrepublik neue und einmalige Verknüpfung beider Aspekte einer sozialwissenschaftlichen Trägerstruktur" (Hauß/Kollmorgen 1993, S. 41). Jedoch bildet die KSPW lediglich eine Übergangsstruktur, die kurzfristig Forschungsdefizite überbrücken konnte, da sie von vornherein zeitlich befristet angelegt war.⁵

5 In diesem Kontext sind generell die schon oben benannten forschungspolitischen Maßnahmen wie WIP, ABM-Maßnahmen, aber auch Schwerpunktprogramme zur Transformationsforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie der Volkswagen-Stiftung in ihrem Einfluß auf die Gründungen der von uns untersuchten Institute und auf deren Entwicklungsperspektiven zu berücksichtigen. Die KSPW verweist bezüglich unseres Untersuchungsgegenstandes explizit darauf, daß ihre Forschungsförderung einen hohen Anteil an Vereinen und GmbHs mit extremer Personalfuktuation aufweist. Dabei offenbarte sich auch die Problematik von Vereinen, die keine explizite sozialwissenschaftliche Ausrichtung aufwiesen und sich mehr in Richtung Qualifizierungsmaßnahmen und Beratungstätigkeiten orientierten und aufgrund der Zieldefinition der Tätigkeit der KSPW nicht gefördert werden konnten (vgl. Hauß/Kollmorgen 1993, S. 46 f).

Auch an den Hochschulen konnten strukturelle Innovationspotentiale, zum Beispiel die Forderung nach Stärkung der Forschung und deren institutioneller Verankerung durch die akademischen Räte oder die Frage des disziplinären, interdisziplinären bzw. multidisziplinären Zuschnitts der neugegründeten Fachbereiche, nicht realisiert werden.⁶ All diese Entscheidungsprozesse reflektieren auch das strukturelle Ungleichgewicht zwischen west- und ostdeutschen Akteuren. Entscheidungsträger waren in ihrer Majorität die westdeutschen forschungspolitischen und fachwissenschaftlichen Akteure mit dem entsprechenden institutionellen Instrumentarium im Hintergrund. Gerade bei der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften konnte sich kein kollektiver ostdeutscher Akteur konstituieren; vielmehr befanden sich die betroffenen Institute in einer Objektrolle in der umzugestaltenden Forschungslandschaft. In diesem Sinne stellt sich die Frage der Weiterführung von Forschungstraditionen, Konzepten, Prämissen und ihren institutionellen Einbindungen nur im begrenzten Umfang.

Ein letztes, hier zu erwähnendes Problemfeld konstituiert sich durch die weitgehend unabhängig voneinander agierenden Akteure bei der Hochschulerneuerung einerseits und den außeruniversitären Institutionen andererseits. Zwar wurden auf der institutionellen Ebene im Wissenschaftsrat durch die Einrichtung eines Evaluationsausschusses (außeruniversitäre Einrichtungen), eines Strukturausschusses (Hochschulforschung) und einer Koordinierungskommission (für die Verknüpfung der Arbeiten der beiden Ausschüsse) Voraussetzungen für eine Verknüpfung dieser Ebenen geschaffen, jedoch "... ist bezeichnenderweise diese, dem Konzept nach wichtigste Kommission nicht ein einziges Mal zusammengetreten" (Gläser 1992).

Die gesteuerte Entwicklung läßt sich also generell mehr als inkrementalistischer Prozeß beschreiben und war weniger geprägt von ausdiskutierten Zielkonzepten (vgl. Mayntz 1994b). So entstanden universitäre Strukturen, die dem Vorbild des westdeutschen Universitätssystems im wesentlichen entsprechen (vgl. Schluchter 1994; Kreckel 1994), sowie einige wenige außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, sogenannte "Außenstellen" von bundesdeutschen sozialwissenschaftlichen Institutionen.

6 Renate Mayntz weist darauf hin, daß das westdeutsche Hochschulsystem als Bezugspunkt für die Neugestaltung der Hochschullandschaft nicht in allen Details kopiert wurde, zum Beispiel fanden Veränderungen wie die Verstärkung des Fachhochschulsektors statt (vgl. Mayntz 1994b, S. 307).

2 Neugegründete sozialwissenschaftliche Institute und Vereine als Ergebnis eines nichtgesteuerten Prozesses⁷

Der Konstituierungs- und Entwicklungsprozeß dieser Institute und Vereine läßt sich in drei Phasen einteilen, die im folgenden kurz dargestellt werden sollen.

2.1 Umbau- und Erneuerungsideen in den Sozialwissenschaften: der Verein/das Institut als "Entwurf ins Blaue" (1989/1990)

Mit dem Zusammenbruch der DDR setzte auch an den Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen ein Prozeß der Auseinandersetzung mit den bis dahin gegebenen Forschungsorientierungen, theoretischen Fragestellungen, Mechanismen der Forschungsplanung sowie institutionellen und personellen Strukturen ein. Diese häufig sehr kontrovers verlaufenden Debatten führten zu einer Neuorientierung im Rahmen der gegebenen institutionellen Strukturen, die sich kurz mit den Schlagworten Abkehr von einer parteiinduzierten und -gesteuerten Forschung, Pluralismus in theoretischen Ansätzen und Hinwendung zu realen sozialen Problemlagen kennzeichnen läßt. Es wurden neue Wissenschaftskonzeptionen ausgearbeitet, Forschungsprojekte entworfen, Leitungspositionen neu besetzt und interne Strukturen neu überdacht.⁸

Einer unserer Interviewpartner eines Vereins formulierte es folgendermaßen: "Wir wollen diesmal wirklich frei sein, frei bleiben und uns einen guten Namen erkämpfen". Vor diesem Hintergrund ist die erste Welle der Institutsgründungen in den Jahren 1989/90 erklärbar. Es entwickelte sich bereits zu dieser Zeit eine Doppelstruktur: An Universitäten und staatlichen Forschungseinrichtungen beschäftigte Wissenschaftler gründeten Vereine, in denen sie aber eher ehrenamtlich tätig waren. Die hohe Kommunikationsdichte zwischen Wissenschaftlern aus Ost- und Westdeutschland unterstützte ebenso wie Kontakte zu bundesdeutschen Beratungs- und Forschungsinstituten diese Entwicklung. Das Vertrauen in eine wirkliche Reform des Wissenschaftssystems wurde jedoch nicht von allen gleichermaßen geteilt. Auch wurde nach den Wahlen im Frühjahr 1990 sehr

7 Die in den folgenden Abschnitten dargelegten Befunde entstanden im Ergebnis einer empirischen Analyse, die die Autorinnen und der Autor in den Jahren 1993/94 durchgeführt haben. Die empirischen Befunde stützen sich auf eine schriftliche Befragung von 64 neugegründeten außeruniversitären Instituten und Vereinen, Interviews mit Geschäftsführern derartiger Institutionen, eine Diskussion mit Vertretern dieser Institute, die vom Ausschuß für wissenschafts- und berufspolitische Fragen der Transformation der DGS organisiert wurde, sowie diverse Gespräche mit in diesen Institutionen Beschäftigten.

8 Leider ist dieser Prozeß kaum dokumentiert. Einen Einblick in die Prozesse gibt die Dokumentation der KAI im Jahrbuch (1990/91) der Akademie der Wissenschaften der DDR.

schnell deutlich, daß eine weitere "autonome" Entwicklung der DDR und damit auch der Wissenschaft in diesem Land nicht möglich zu sein schien.

2.2 Die Institute und Vereine als Verwirklichung von relativ festen Motivlagen und als Instrument zur Erhaltung von Arbeitsmöglichkeiten (1991-1993)

Mit dem Beschluß zur Abwicklung der Akademie der Wissenschaften sowie der meisten gesellschaftswissenschaftlichen Institute an den Universitäten erhielt der Prozeß der Neugründung außeruniversitärer Forschungsinstitute einen erneuten Schub. Die drohende Auflösung staatlicher Forschungsinstitutionen, die erwartete Umstrukturierung und Evaluation an den Universitäten und die Bedrohung der in diesen Einrichtungen Beschäftigten durch Arbeitslosigkeit ließen Neugründungen als Rettungsanker erscheinen. Die für den Übergangsprozeß entwickelten Steuerungsinstrumente (KSPW, WIP, ABM, Schwerpunktprogramme der Forschungsfördereinrichtungen) ermöglichten die Aquirierung und Durchführung von Forschungsprojekten. Für viele der neugegründeten Institute war für die Startphase auch bedeutsam, daß sie als "Subauftragnehmer" für bekannte westdeutsche Forschungsinstitutionen durch Aufträge und wissenschaftliches Know-how unterstützt wurden.

2.3 Der Verein/das Institut als profilierter Typ einer wissenschaftlichen Institution (ab 1993)

Im Zuge der "Normalisierung", der Angleichung der Forschungsförderungsoptionen, kam es nun zu einem Ausdifferenzierungsprozeß und zugleich zur Anpassung an bekannte institutionelle Strukturen außeruniversitärer Forschung.

Alle weiteren Aussagen beziehen sich insbesondere auf die Rahmenbedingungen und inhaltlichen Orientierungen von Instituten zu diesem Zeitpunkt. Dabei soll zugleich der Versuch unternommen werden, Zukunftsoptionen aufzuzeigen.⁹

9 Im folgenden werden vor allem die Ergebnisse der schriftlichen Befragung neugegründeter Institute und Vereine vorgestellt. Die erste Schwierigkeit ergab sich daraus, daß es bislang keinerlei exakte Angaben über solche bestehenden Institute gab. Auf der Basis von Adressen institutioneller Antragsteller bei der KSPW, durch die Nutzung von Informationen von ABM-Trägern sowie die Sammlung einer Vielzahl von Informationen aus den bekannten Institutionen selbst wurde eine Adressenliste zusammengestellt. Eine zweite Schwierigkeit bestand darin, herauszufinden, ob es sich dabei um den Sozialwissenschaften zuzuordnende Institute handelte. Hauptkriterium der Auswahl war, daß diese Institute sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte bearbeiteten und auch personell entsprechend zusammengesetzt waren. Durch Telefonate wurde diese Frage geklärt und eine Liste mit 148 für die sozialwissenschaftliche Forschung relevanten Instituten/Vereinen erstellt. An alle Mitglieder der so gebildeten Gesamtpopulation (101) wurde ein standardisierter Fragebogen versandt; der Rücklauf betrug 63. Aus dieser Population wurden außerdem auf der

3 Die Institute am "freien Markt" - eine Bestandsaufnahme

Für den DDR-Wissenschaftsbetrieb - insbesondere auch für die Soziologie - galt weitestgehend die Trennung von Lehre und Forschung. Während für die Universitäten die akademische Ausbildung das Hauptfeld ihrer Betätigung war, wurde Forschung vorrangig an außeruniversitären Institutionen - zum großen Teil an Akademieeinrichtungen unterschiedlichster Art - betrieben. In der Soziologie kam eine starke Konzentration auf Berlin hinzu: So wurden an der Humboldt-Universität jährlich mehr Studenten immatrikuliert als an den beiden anderen Ausbildungsstätten Halle und Leipzig zusammen - hier konnten sich Soziologiestudenten alternierend nur alle zwei Jahre einschreiben.¹⁰ Die bedeutenden soziologischen Forschungseinrichtungen befanden sich in Berlin, nur das Zentralinstitut für Jugendforschung war außerhalb der Hauptstadt, in Leipzig, angesiedelt. Diese strukturelle Ungleichverteilung führte auch zu einer personellen: Der überwiegende Teil des soziologischen Personals im akademischen Bereich war in Berlin beschäftigt.

Diese Ungleichverteilung besteht zwar im Hochschulbereich so nicht mehr,¹¹ dagegen ist sie personell und institutionell im außeruniversitären Sektor sozialwissenschaftlicher Forschung noch deutlich sichtbar, wie die Verteilung der von uns untersuchten Einrichtungen auf die neuen Bundesländer zeigt.¹² Allein in Berlin befinden sich 33 der von uns befragten Institute. In Sachsen sind es 20, wobei sich mehr als die Hälfte davon auf Leipzig konzentriert. Dagegen stellen Brandenburg (4), Mecklenburg-Vorpommern (3) und Sachsen-Anhalt (2) beinahe weiße Flecken dar. Unabhängig von ihrem Standort ist aber allen diesen sozialwissenschaftlich orientierten Instituten und Vereinen eines gemeinsam: Sie wurden weitestgehend als Reaktion auf die Abwicklung gegründet und als eine Möglichkeit zur Existenzsicherung ihrer Mitglieder gesehen. Die Gründungsjahre mit den entsprechenden Häufigkeiten verdeutlichen dies. So wurden in den Jahren 1990/91 drei Viertel (76%) der von uns befragten Institute gegründet. 1992 waren es 6 Gründungen

Grundlage von Expertenurteilen Forschungseinrichtungen ausgewählt, um mit dort Verantwortlichen/Entscheidungsträgern parallel und in Ergänzung zur schriftlichen Befragung qualitative Interviews auf der Grundlage eines Leitfadens durchzuführen. Der zeitliche Umfang dieser Gespräche lag zwischen eineinhalb und zweieinhalb Stunden. Das so gewählte, aus einer Kombination von quantitativem und qualitativem Vorgehen bestehende Forschungsdesign ist statistisch nicht repräsentativ, die Kombination der aus unterschiedlichen Erhebungstechniken gewonnenen Daten erlaubt aber Schlußfolgerungen in bezug auf bestehende Probleme und Trends zukünftiger Entwicklungen.

- 10 An anderen Universitäten gab es z. T. nur sehr kleine soziologische Gruppen, die Soziologie für andere Fachrichtungen lehrten, aber über keine eigenen Studenten verfügten.
- 11 Heute existieren an einer großen Anzahl von Hochschulen und Universitäten in den neuen Bundesländern soziologische Institute mit eigenständiger Ausbildung und Forschung (vgl. dazu Lepsius 1990 und Kreckel 1994).
- 12 Diese Ergebnisse decken sich mit einer anderen Untersuchung zum Verbleib von DDR-Soziologen, die eine gleiche räumliche Verteilung der Befragten ergab.

und 1993 nur noch 4. Die insbesondere 1990 und 1991 relativ großzügige Ausstattung mit ABM-Mitteln unterstützte diesen Trend. Die inhaltlichen Orientierungen der Institute zeigt die Tabelle 1.

Tabelle 1: Inhaltliche Orientierung der Institute

ausschließlich Forschung	32%
ausschließlich Weiterbildung	5%
vorwiegend Forschung, aber auch Weiterbildung	50%
vorwiegend Weiterbildung, aber auch Forschung	8%
Sonstiges	5%

In diesem Zusammenhang sind zwei Besonderheiten zu konstatieren: Einerseits fällt auf, daß eine starke Berliner Minderheit sich ausschließlich an *Weiterbildung* orientiert, andererseits geben die Institute aus dieser Region nur zu 30% als zusätzliches Angebot *Beratungsleistungen* an. Bei den Süd-Einrichtungen sind es über 60%.

Die meisten forschungsorientierten Institute versuchten anfangs, die früher in den ehemaligen DDR-Institutionen bearbeiteten Themen unter dem Aspekt gesellschaftlicher Transformationsprozesse fortzuführen. Die Vielfältigkeit der dabei bearbeiteten Forschungsvorhaben zeigt die nachfolgende Übersicht.

Tabelle 2: Forschungsthemen der Institute (Mehrfachnennungen möglich)

Arbeitsmarktforschung	33,3%
Regionale Strukturforchung	28,8%
Industriesoziologie	22,2%
Berufliche Bildung	20,6%
Jugendforschung	19,0%
Sozialisations- und Biographieforschung	17,5%
(Ost-)Europaforschung	15,9%
Personal- und Organisationsentwicklung	14,3%
Frauenforschung	12,7%
Markt- und Meinungsforschung	12,7%
Geschichte (DDR/allgem.)	9,5%
Zeitschriftenproduktion	9,5%
Umweltforschung	4,8%

Daß einzelne Schwerpunkte mehr in Berlin, andere mehr in Leipzig dominant sind, ergibt sich aus den unterschiedlichen Traditionslinien der in DDR-Forschungsinstitutionen bearbeiteten Themen.¹³ Von Bedeutung ist jedoch, daß sich die "Süd-Institute" viel stärker als die Berliner auf die Markt- und Meinungsforschung konzentrieren (26,1% zu 3,3%).

Aus den Expertengesprächen wird deutlich, daß die Berliner Einrichtungen auf dem Gebiet der Transformationsforschung dominieren. Den Berliner Instituten kam und kommt dabei einerseits ihre Forschungserfahrung zugute, andererseits verfügte ein Teil von ihnen bereits vor 1989 über persönliche wissenschaftliche Kontakte zu Sozialwissenschaftlern aus den alten Bundesländern. Bei der Vergabe von Projekten war das ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Diese Verbindungen konnten beispielsweise in den Instituten in Sachsen zum größten Teil erst nach der Wende aufgebaut werden. Diese waren deshalb schon relativ frühzeitig gezwungen, sich neben der Aquirierung von Projektmitteln durch Auftragsforschung zusätzliche Einnahmequellen zu suchen. Hier liegt auch der Grund für die im Vergleich zu Berlin überproportional angebotenen Beratungsleistungen.

Die Angaben über die Einwerbung von Fördermitteln spiegelt dies nur ungenau wieder, da nicht die Höhe der Fördermittel, sondern nur ihre Quelle ermittelt wurde. Als Finanzierungsinstitutionen treten auf:

Tabelle 3: Finanzierungsquellen der Institute

Quelle	Alle	Berlin	Süd
KSPW	36,5%	42,4%	34,5%
DFG	15,9%	15,2%	17,4%
Stiftungen	25,4%	18,2%	39,1%
Bund/Länder/Kommunen	57,1%	48,5%	73,9%

Deutlicher wird dieser Umstand durch die Antworten auf die Frage, ob auch finanzielle Mittel durch kommerzielle Auftragsforschung eingespielt werden. Das ist in Berlin nur bei vier von 33 Instituten der Fall, im "Süden" dagegen bei mehr als der Hälfte der befragten Forschungseinrichtungen. Als Auftraggeber dominieren eindeutig Bund/Länder und Kommunen und mit deutlichem Abstand die Industrie.

Personell sind die Institute in der Regel interdisziplinär zusammengestellt. Dabei zeigt sich, daß in allen Forschungseinrichtungen mindestens zwei sozialwissenschaftliche Disziplinen vertreten sind. Drei Fachrichtungen sind besonders stark vertreten:

13 So ist nach wie vor ein "Ausstrahlungseffekt" von Themen nachzuweisen, die in DDR-Zeiten vorrangig durch das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) bearbeitet worden sind.

Tabelle 4: Fachrichtungen der beschäftigten Wissenschaftler

Soziologie	66,7 %
Wirtschaftswissenschaften	44,4 %
Pädagogik	24,4 %

Psychologie und Politikwissenschaft erreichen noch Anteilswerte von rund 15%. Andere sozial- und geisteswissenschaftliche Fachrichtungen sind oftmals nur in einzelnen Einrichtungen präsent.¹⁴ Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist aber, daß mehr als ein Drittel aller Vereine und Institute Naturwissenschaftler beschäftigt. Die bearbeiteten Forschungsprojekte sind zwar vorwiegend (zu zwei Dritteln), aber bei der personellen Zusammensetzung der Einrichtungen nicht in dem zu erwartenden Maße interdisziplinär angelegt. Auch hier liegen die Süd-Institute mit 73,9% über und die Berliner mit 64% unter dem Durchschnitt.

Die Angaben zum Personalbestand der befragten Institute sind häufig ungenau, da sich hier personell und strukturell in der kurzen Existenzzeit der außeruniversitären Forschungseinrichtungen erhebliche Veränderungen u. a. durch auslaufende Projekte oder das Auslaufen von ABM-Stellen ergaben. Hinzu kam noch, daß insbesondere Wissenschaftler auf ABM-Stellen diese sofort aufgaben, wenn sich an anderer Stelle eine längerfristige Arbeitsmöglichkeit bot. So resultieren die vierzehn fehlenden Antworten auf diese Fragen weniger aus einer übergroßen Vorsicht, solche Zahlen preiszugeben, sondern mehr aus der Unsicherheit, falsche Angaben zu machen. Dennoch dürften die folgenden Angaben tendenziell die unterschiedliche Größenordnung dieser Einrichtungen und deren Anteile richtig wiedergeben:

Tabelle 5: Größe der Institute

unter 10 Beschäftigte	25 Einrichtungen
10 bis 20 Beschäftigte	14 Einrichtungen
20 bis 30 Beschäftigte	6 Einrichtungen
30 bis 55 Beschäftigte	4 Einrichtungen

14 Auch hier gibt es Unterschiede zwischen Berlin und Sachsen, die sich aus den unterschiedlichen Forschungsaufgaben der Institutionen zu DDR-Zeiten erklären lassen. So ist auf Grund des hohen Anteils ehemaliger ZfJ-Mitarbeiter in den Leipziger Forschungseinrichtungen der Anteil an Psychologen und Pädagogen deutlich höher als in Berlin, wo wiederum ein über dem Durchschnitt liegender Anteil an Wirtschaftswissenschaftlern zu verzeichnen ist.

Die gleiche Problematik ergibt sich für die Angaben zum Anteil von ABM-Stellen. Zum Zeitpunkt der Untersuchung sind das ca. 40%, wobei deutliche Unterschiede in den beiden gebildeten Teilpopulationen nicht nachzuweisen sind. Aus den Antworten ist aber ein eindeutiger Trend abzuleiten: Der Anteil an diesen Stellen wird sinken und damit auch deutlich die Anzahl der Mitarbeiter in diesen Einrichtungen, da davon ausgegangen wird, daß nicht genügend Projekte aquiriert werden können, um die Wissenschaftler über Drittmittel zu finanzieren.

Eine abschließende Frage zielte auf die Zukunftsaussichten dieser außeruniversitären Forschungsinstitute ab. Die Expertengespräche machten in diesem Zusammenhang deutlich, daß höchstens mittelfristig, d. h. in einem Zeitraum von zwei Jahren, und von Projekt zu Projekt gedacht wird. Die dabei genannten Probleme sind überall gleich und lassen sich in vier Punkten zusammenfassen:

Tabelle 6: Problemlagen in den Instituten

Problemlagen	Berlin	Süd
schlechte Finanzlage	57,6%	34,8%
mangelnder Zugang zu Projektausschreibungen	9,1%	43,5%
mangelnde Anbindung an Universitäten	3,0%	17,4%
Benachteiligung von Ostinstituten	12,1%	43,5%

Beachtlich sind aber die Intensitätsunterschiede zwischen Berlin und dem Süden.¹⁵ Obwohl alle Institute mit Zukunftsorgen belastet sind, kommen hier die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Einrichtungen zum Tragen: Die Berliner Institute haben heute auf Grund ihrer an Wissenschaft orientierten Ausrichtung und den knapper werdenden Fördermitteln mit größeren finanziellen Problemen zu kämpfen als die Einrichtungen im Süden, die in weitaus stärkerem Maße marktorientiert sind. Trotz dieser Differenzen - das verdeutlichen insbesondere noch einmal die Interviews - sind diese Unterschiede eher relativ, wenn es um die Abschätzung der tatsächlichen Überlebenschancen aller Institute geht: Sie sind mittelfristig für die meisten relativ gering, zumindest an ihrer jetzigen Größe gemessen.

Hinter diesen Trends verbergen sich jedoch unterschiedliche Entwicklungspfade, inhaltliche Orientierungen und Zukunftschancen, die im folgenden dargestellt werden sollen. Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung und der mündlichen Interviews erlauben es, verschiedene Typen von Instituten und Vereinen herauszuarbeiten.

15 15 Institute oder Vereine - vorwiegend aus Berlin - machten hierzu keine Angaben.

4 Typische Formen von neugegründeten sozialwissenschaftlichen Instituten

Es stellte sich heraus, daß es von den ersten Ideen bis hin zu dem (vorläufigen) Ergebnis der Institutsgründung eine Reihe von gravierenden Veränderungen zu verzeichnen gibt. Nur in einigen Fällen wurde die Idee zur Institutsbildung von Anbeginn an sozusagen geradlinig verfolgt, da von dem ersten Anlauf bis zur Realisierung - nicht zuletzt bedingt durch komplizierte Verfahrensfragen - ein längerer Zeitraum verging. Die inhaltlichen Orientierungen sowie die gewählte Rechtsform der Neugründungen wurden durch die Herkunft der Institutsgründer, ihre fachlichen Orientierungen und Kompetenzen sowie die spezifischen Forschungserfahrungen wesentlich beeinflusst. Die Beratung durch westdeutsche Akteure hat sicherlich dazu beigetragen, Überlegungen bezüglich inhaltlicher Orientierungen und der Rechtsform auch strategisch im Sinne längerfristiger Orientierung auf einen "gesamtdutschen" Forschungsmarkt hin auszurichten. Wenn auch festgestellt werden kann, daß die die Instituts- und Vereinsgründungen begleitenden Vorstellungen den weiteren Entwicklungspfad der Vereine/Institute wesentlich beeinflussten, muß jedoch gleichzeitig hervorgehoben werden, daß die Institutsbiographien Brüche aufweisen, die sich direkt aus der "Marktsituation" ergaben.

Der folgende Versuch einer Typisierung von gegenwärtig existierenden Instituten orientiert sich daran, die Motive und Ideen bei Institutsgründung den längerfristigen Orientierungen und Zukunftschancen der Neugründungen gegenüberzustellen.

4.1 Institute nach "Plan" - Fortschreibung inhaltlicher Orientierungen und Dominanz der sozialwissenschaftlichen Forschung

Institute dieses Typs sind häufig aus abgewickelten staatlichen Forschungseinrichtungen (Akademie der Wissenschaften, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig) ausgegründet oder von vormals an Universitäten in leitenden Positionen tätigen Wissenschaftlern etabliert worden. Sie wurden im wesentlichen von Akteuren initiiert, denen sehr schnell klar war, daß sie aufgrund der Vergangenheit ihrer früheren Einrichtung keine Chance auf positive Evaluation oder gar Reintegration gehabt hätten. Gerade diese Vertreter "alter Eliten" hatten auch frühzeitig Kontakte zu westdeutschen Forschungseinrichtungen, so daß der Gründungsprozeß von diesen inhaltlich und zum Teil auch personell (z. B. durch Eintritt in den Verein oder eine finanzielle Beteiligung bei GmbH) unterstützt wurde.

Diesen Instituten gelang es auch recht schnell, die Netze der Forschungsförderung zu nutzen, ABM-Mittel und Aufträge öffentlicher Institutionen zu akquirieren. Sie konnten - im Vergleich zu anderen Instituten - am konsequentesten an vorhandene Forschungsorientierungen und -erfahrungen anknüpfen. Inhaltliche Schwerpunkte der Forschung ergaben sich vor allem aus der Analyse des gesellschaftlichen Transformationsprozesses,

dem Wandel von Sozial- und Wirtschaftsstrukturen (soziale Lagen, demographische Entwicklung, Reorganisation der Wirtschaft, Arbeitsmarktentwicklung usw.).

Ihre Orientierung ist eindeutig auf Forschung ausgerichtet. Zumindest besteht hier der Anspruch, auch in Zukunft an theoretischen Fragestellungen weiterzuarbeiten und an der wissenschaftlichen Debatte teilzunehmen. In der Regel ist in diesen Instituten das Qualifikationsniveau überdurchschnittlich hoch. Die Mehrheit der Mitarbeiter ist promoviert und habilitiert. Mitarbeiter mit einer sozialwissenschaftlichen Ausbildung dominieren. Obwohl das wissenschaftliche Personal um mehr als die Hälfte reduziert wurde, etliche Forschungsvorhaben nicht realisiert werden konnten bzw. neue, ungeplante Projekte dazukamen, sind die Grundintentionen stabil. Erst in jüngster Zeit, in der größere Forschungsprojekte kurz vor dem Abschluß stehen und die weitere Existenz des Instituts von den Akteuren pessimistisch beurteilt wird, findet verstärkt ein Nachdenken über eine mögliche neue Orientierung, bezeichnet als "Service-Forschung", statt. Doch wird diese nicht als Rettungsanker von allen Beteiligten akzeptiert, sondern erst als Möglichkeit diskutiert; der alte "Plan" des Instituts entspricht offensichtlich einer fest verankerten Motivlage.

Die Zukunftschancen dieser Institute werden nach dem Auslaufen der ABM-Förderung und aufgrund der Schwierigkeiten bei der Aquirierung von Forschungsmitteln nicht optimistisch eingeschätzt. Dennoch besitzen sie gerade aufgrund der hier vorhandenen fachlichen Kompetenz, des frühzeitigen Anschlusses an wissenschaftliche Kommunikationsnetze und ihrer inhaltlichen Orientierung eine Überlebenschance. Allerdings wird sich ihre Größe merklich verringern, sofern dieser Prozeß nicht schon vollzogen worden ist. Für einige dieser Institute besteht durchaus die Option, zum zweiten Typ überzuwechseln.

4.2 Institute nach "Plan" - aber mit Ausrichtung auf den Markt, pragmatische Orientierung unter Anknüpfung an vorhandene Forschungserfahrungen

Prägend für diese Institute ist, daß auch sie nach Plan entstanden sind. Orientierungsmodell war aber weniger eine originäre Verankerung in der Wissenschaft, sondern westdeutsche Vorbilder, die sich zwischen den Polen von empirischer Forschung und Politikberatung bewegen.

Diese Institute sind häufig Sammelbecken für Absolventen verschiedenster geisteswissenschaftlicher Disziplinen (Soziologen, Juristen, Ökonomen, Kulturwissenschaftler, Pädagogen, Historiker), die sich jedoch auf einen Forschungsschwerpunkt verständigen konnten. Mit dieser Strategie wurden auch "Leerstellen" in der ostdeutschen Forschung, zum Beispiel die Umweltforschung im außeruniversitären Bereich, erschlossen. Das Qualifikationsniveau ist ebenfalls hoch, aber weitaus heterogener. In vielen dieser Institute wird auch versucht, Forschung auf der Basis von Drittmittelförderung zu betreiben. Dominant ist jedoch ihre Orientierung auf den "Markt". Dabei ist "Markt" sehr breit zu

definieren. Die kommerzielle Orientierung reicht von der reinen Marktforschung, der Unternehmensberatung, dem Angebot von Weiterbildungskursen bis hin zu einer sozialwissenschaftlich geprägten Kommunal-, Wirtschafts- und Politikberatung sowie einer publizistischen Tätigkeit. Finanzierungsgrundlagen sind demzufolge vorrangig Aufträge von Unternehmen, Kommunen, Verbänden u. ä. Die Angebote dieser Institute sind häufig regional orientiert und die inhaltlichen Themenstellungen sehr komplex; dies steht jedoch nicht im Widerspruch zu dem favorisierten Leitthema.

Die Zukunftschancen dieser Institute sind ambivalent. Es kristallisieren sich hier Einrichtungen heraus, die im weiteren Sinne dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen sind und die daraus auch Überlebenschancen ableiten können. Dies kann jedoch nur dann gelingen, wenn sie auch weiterhin Aufträge von Ländern und Kommunen erhalten oder eine Anbindung an andere Institutionen erfolgt. Gelingt dies nicht, wird sich ihre kommerzielle Orientierung weiter verstärken und die noch vorhandene sozialwissenschaftliche Forschungsorientierung bedeutungslos werden: Die Komplexität der thematischen Angebote in Verbindung mit den vorhandenen Kompetenzen könnte dazu führen, daß diese Institute ihre Ziele nicht erreichen und in Konkurrenz zu anderen Einrichtungen nicht bestehen können.

4.3 Die Institution als "ungeplantes Ereignis" - wissenschaftliches Engagement und Interesse als Basis der Institutsstrategie

Hier handelt es sich um Vereine, die in der Wendezeit gegründet wurden, um aktuelle (z. T. transformationsspezifische, aber auch in der DDR-Wissenschaft vernachlässigte) sozialwissenschaftliche Fragestellungen aufzugreifen. Die Motivlagen bei Institutsgründung sind sehr vielfältig:

- ein Interesse an wissenschaftlicher Kommunikation und publizistischer Tätigkeit führte verschiedene Wissenschaftler zusammen, und man "entdeckte" im Nachhinein, daß durch diese Vereinsgründung auch Arbeitsplätze (insbesondere im Rahmen von ABM) geschaffen werden konnten;
- politisch-aufklärerische und wissenschaftliche Interessen ließen sich bündeln, vor allem im Bereich der politischen Bildung;
- man wollte eine "ostdeutsche Identität" stärken und vor allem im regionalen Umfeld dahingehend wirken, daß nicht "Herrschaftswissen" produziert, sondern Wissen für spezielle Gruppen (Jugendliche, Arbeitslose usw.) bereitgestellt wird, das für ihre soziale Selbstbehauptung notwendig ist;
- die (zumeist älteren) Institutsgründer wollten bewußt einen biographischen Bruch vermeiden. ("Da hat man so lange in der Wissenschaft gearbeitet, das soll sich nicht mehr ändern", so eine Professorin und Mitbegründerin eines dieser Institute);

- an diesem Institutsbildungsprozeß ist schließlich bemerkenswert, daß in manchen Fällen die Möglichkeit einer Institutsgründung mit wissenschaftlicher Orientierung bestanden hätte, die jedoch von den Akteuren bewußt nicht genutzt wurde; diese Strategie beruht weniger auf der unsicheren Perspektive der Institute, sondern stellt maßgeblich ein Resultat der eigenen Forschungserfahrung dar, die ein vorschnelles Festlegen auf bestimmte "wissenschaftliche Fahrpläne" vermeiden will und stattdessen der öffentlichen Kommunikation einen höheren Stellenwert zuweist.

Gemeinsam ist den Instituten dieses Typs, daß sie in kleineren - häufig regional orientierten - empirischen Projekten Problemstellungen aufarbeiten. Entsprechend vielfältig sind auch die Themenstellungen. Sie reichen von der Frauenforschung, der Beschäftigung mit Problemen des Rechtsextremismus und der Gewalt bei Jugendlichen, der Aufarbeitung von DDR-Geschichte bis hin zur Tourismusforschung. Für die inhaltliche Ausrichtung spielt die Herkunft der Vereinsmitglieder als Ostdeutsche eine wichtige Rolle. Als "Indianer im Indianerland" - so einer unserer Interviewpartner - wollen sie spezifische Erfahrungen einbringen und auch die politische Diskussion mitbestimmen. Sie agieren in den Feldern Wissenschaft, Politikberatung, soziale Beratung und Öffentlichkeitsarbeit und nutzen sie, um ihre inhaltlichen Interessen realisieren zu können. Diese ausnahmslos in Vereinsform existierenden Institute sind als eher lose Diskussionszusammenhänge zu definieren, die jedoch zunehmend auch empirische Forschung betreiben. Ihre Orientierung ist dabei aber weniger professionell und nur in geringem Maße auf die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen gerichtet. Die Möglichkeit, ABM-Projekte an die Institute zu binden, wurde genutzt, aber eher aus dem Motiv heraus, wissenschaftliches Interesse mit sozialem Engagement zu verbinden. Die ABM-Stellen sind von engagierten Wissenschaftlern mit sozial- oder geisteswissenschaftlichen Hochschulabschlüssen, aber nur marginalen Forschungserfahrungen, besetzt worden.

Weitere Finanzierungsquellen sind Aufträge von Ländern, Kommunen und anderen gesellschaftlichen Institutionen (z. B. Gewerkschaften). Daraus ergibt sich, daß hier ehrenamtliche Arbeit (von Studenten, Arbeitslosen, Universitätsmitarbeitern usw.) eine große Rolle spielt. Prägend für diese Institute ist ihre große Offenheit. Sie pflegen Kontakte zu Universitäten, anderen Vereinen und außeruniversitären Forschungsinstitutionen, politischen Gruppierungen und Interessenvertretungen und haben auch internationale Kontakte. Sie sind auch offen, was die Ausgründung weiterer Vereine oder auch GmbHs betrifft, und einige halten auch die Institutionalisierung als "An-Institute" der Universitäten nicht für ausgeschlossen.

4.4 Suchstrategien: keine eindeutigen inhaltlichen Orientierungen, pragmatisch suchend, Arbeitsplatzsicherung dominant

Institute dieses Typs sind meist kleine Institute, deren strategische Orientierung völlig unklar zu sein scheint. Sie bemühen sich meist sowohl um Mittel aus der Forschungsför-

derung, bieten Beratungsleistungen und Weiterbildungskurse an und nehmen Aufträge von Ländern und Kommunen, aber auch von Unternehmen und Verbänden wahr. Ihr Dilemma liegt jedoch darin, daß sie nicht über das entsprechende qualifikatorische Potential und die Erfahrungen verfügen, um das breite Spektrum ihrer Angebote auch tatsächlich realisieren zu können. Die Mitarbeiter dieser Institute sind häufig ABM-finanziert, arbeiten jedoch auch ehrenamtlich. Ihr Bestehen ist mit dem Auslaufen der ABM in hohem Maße bedroht. Derartige Institutionen finden sich sowohl in den großen Städten als auch in ländlichen Regionen.

Die Zukunftschancen dieser Institute und Vereine werden pessimistisch eingeschätzt. Die Mitarbeiter sind unterdessen demotiviert, und eine Reihe derartiger Institutionen hat bereits aufgegeben.

5 Ausblick

Nach nunmehr drei bis vier Jahren der Existenz der untersuchten Institute ist festzustellen, daß unter dem Druck der Verhältnisse eine Ausdifferenzierung in den inhaltlichen Orientierungen und auch nach den Rechtsformen festzustellen ist.

Stellt man sich die Frage, welche Entwicklungspotentiale die analysierten Institute besitzen und wie ihre Zukunftsperspektiven aussehen, so ist auf einige spezifische Problemlagen der Institute hinzuweisen, die sich sowohl aus der internen Strukturierung, den Motivationen und institutionellen Strategien als auch aus den externen Rahmenbedingungen für die Weiterexistenz der Institute ergeben.

Die internen Potentiale setzen sich aus der hohen Motivation der Institutsangehörigen, ihren Erfahrungen in der sozialwissenschaftlichen Forschung, dem möglichen Rückgriff auf lebensweltliche Erfahrungen zusammen, der sich gerade bei der Konzentration auf Transformationsprobleme förderlich auswirken kann, und der möglicherweise günstigen interdisziplinären Zusammensetzung der neugegründeten Institutionen. Diese positiven Handlungsoptionen können jedoch auch mit Hemmnissen verbunden sein. Als solche wären z. B. zu nennen: fehlende Erfahrungen im Umgang mit Forschungsförderungsmechanismen, Qualifikationsdefizite, Demotivation durch die Unsicherheit der Zukunftsperspektive, häufige Fluktuation, Überalterung.

Mißerfolge bei der Drittmittelwerbung und in starkem Maße unsichere Beschäftigungsverhältnisse (ABM) führen zu Frustrationen und Resignation, die häufig im Vorwurf der Benachteiligung ostdeutscher Wissenschaftler durch die Forschungsförderungsinstitutionen zum Ausdruck kommen. Auch bei den Länderministerien haben nach Meinung einiger interviewter Institutsvertreter offensichtlich bekannte Institute der alten Bundesländer bessere Karten.

Die relative Isolierung der "neuen" Institute von den Universitäten, den Instituten in den alten Bundesländern und untereinander erschwert den Einstieg in die wissen-

schaftliche Kommunikation und Netzwerke, die es leichter machen würden, Projektideen auszuarbeiten und Zugänge zur Forschungsförderung zu finden. Welche Bedeutung solche Starthilfen haben, zeigt die relativ stabile Situation einiger Institute.

Die Mehrzahl der Institute hat nach erfolgter Gründung versucht, mit Universitäten und Forschungseinrichtungen der alten Bundesländer zusammenarbeiten. Daraus haben sich jedoch nur in wenigen Fällen stabile Kooperationen ergeben. In der Regel gibt es eine Reihe von persönlichen Kontakten zu Wissenschaftlern der alten Bundesländer, die jedoch für die Forschungsarbeit der Institute weniger von Bedeutung sind. Das Moment der Qualifizierung ostdeutscher Kollegen durch die Zusammenarbeit in Projekten mit etablierten sozialwissenschaftlichen Institutionen des Westens scheint daher nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. An den Universitäten werden allenfalls von einzelnen Mitarbeitern Lehraufträge wahrgenommen.

Zwischen den neugegründeten Instituten sind Kooperationen eher begrenzt, wissenschaftlicher Austausch scheint nicht stattzufinden, obwohl ein starker Kommunikationsbedarf signalisiert wird. Dies verstärkt den Eindruck einer atomisierten Wissenschaftslandschaft im Osten.

Business as usual oder Innovationspotential? Es kann konstatiert werden, daß in einer Übergangssituation wie 1990, in der zwar wissenschaftspolitisch die grundsätzlichen Weichen gestellt wurden, sich aber Lücken für Neuerungen jenseits des Institutionentransfers ergaben, diese auch genutzt wurden. Auf diese Weise bildeten sich Institutstypen heraus, die nicht unbedingt eine simple Kopie bundesdeutscher sozialwissenschaftlicher Institutionen darstellen. Sehr schnell wurde jedoch deutlich, daß die notwendigen Anpassungsstrategien an den (Forschungs-)Markt zum Teil ursprüngliche Motivationen und inhaltliche Orientierungen verdrängten. Nur eine erfolgreiche Aquisitions politik auf dem Drittmittelmarkt im weitesten Sinne ermöglicht das Überleben, da keines dieser Institutionen bis jetzt grundfinanziert wird. In diesem Sinne sind diese Einrichtungen als "Übergangerscheinungen" zu charakterisieren.

Im Hinblick auf das neukreierte Forschungsfeld "Transformationsforschung" ging der komparative Vorteil des zeitlichen Vorsprungs verloren, und es kann im Vergleich zu den sozialwissenschaftlichen Fakultäten an ostdeutschen Universitäten bzw. Ablegern außeruniversitärer Forschungsinstitutionen aus der Bundesrepublik von keinen markanten Neuorientierungen durch diese Institute gesprochen werden. Typisch für die angesprochenen notwendigen Anpassungsstrategien an den Markt erscheint auch, daß beispielsweise die Osteuropaforschung keinen nennenswerten Stellenwert in diesen frei gegründeten Instituten mehr besitzt, an Universitäten - anknüpfend an alte Forschungstraditionen - hingegen sehr wohl. Dies ist um so erstaunlicher, als zu DDR-Zeiten Osteuropaforschung maßgeblich von denjenigen Akteuren betrieben wurde, die wir in den frei gegründeten Instituten finden und die aus den (abgewickelten) Institutionen kommen, die in diesem Forschungszweig dominierten. Bestimmte Forschungserfahrungen konnten so nicht zur Geltung gebracht werden.

Befragt nach den Zukunftsaussichten waren alle Institute eher pessimistisch. Dennoch kommen hier auch unterschiedliche Ausgangsbedingungen zum Tragen: Insbesondere diejenigen Institute aus dem Berliner Raum, die sich weitgehend über staatliche Forschungsförderung finanzieren, sind nun akut bedroht, wenn die Schwerpunktprogramme zur Transformationsforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder der VW-Stiftung auslaufen bzw. die Kommission für die Erforschung des politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland ihre Arbeit beendet.

In bezug auf mittelfristige Perspektiven ist unter den betroffenen Akteuren bis jetzt weder Diskussion zustande gekommen, noch sind Vorschläge unterbreitet worden - jenseits von individuellen Überlebensstrategien der Institute. Hier wären die westdeutschen Akteure gefragt, die damals den Institutionentransfer maßgeblich gesteuert haben, das vorhandene Forschungspotential nicht einfach seinem Selbstlauf zu überlassen - mit einem deutlich absehbaren Ausgang.

Literatur

- Bolte, Martin, 1990: Zur Lage der sozialwissenschaftlichen Forschung in der ehemaligen DDR: Wissenschaftliche Interessen, Strukturprobleme, Kooperationswege. Discussion Paper des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, P90-008. Berlin.
- Gläser, Jochen, 1992: Die Akademie der Wissenschaften nach der Wende: erst reformiert, dann ignoriert und schließlich aufgelöst. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/92, S. 8-13.
- Hauß, Friedrich; Kollmorgen, Raj, 1993: Die KSPW im Transformationsprozeß. Geschichte, Aufgaben, Arbeitsweise und erste Ergebnisse. In: Berliner Debatte, Heft 4, 1993, S. 35-53.
- Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW). Berlin.
- Kreckel, Reinhard, 1994: Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität. Halle-Wittenberg.
- Lepsius, M. Rainer, 1990: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen.
- Mayntz, Renate, 1992: Die außeruniversitäre Forschung im Prozeß der deutschen Einigung. In: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 20, Heft 1, S. 64-82.
- Mayntz, Renate, 1994a: Deutsche Forschung im Einigungsprozeß: Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989-1992, unter Mitarbeit von Hans-Georg Wolf. Frankfurt a. M.
- Mayntz, Renate (Hrsg.), 1994b: Aufbruch und Reform von oben: Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß. Frankfurt a. M.
- Meske, Werner, 1993: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems - eine Zwischenbilanz. Diskussion Paper des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, P93-401. Berlin
- Müller-Dohm, Stefan (Hrsg.), 1991: Jenseits der Utopie. Frankfurt a. M.
- Schimank, Uwe; Stucke, Andreas (Hrsg.), 1994: Coping with Trouble. How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions. Frankfurt a. M.

Schluchter, Wolfgang, 1994: Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland: Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig. In: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 4, Heft 1, S. 89-114.

Wissenschaftsrat, 1990: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen, DRs. 9847/90. Köln.

Dr. Karin Lohr
Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin
Tel.: 030 / 20 93 43 58
Fax: 030 / 2 09 33 53
e-mail: karin=lohr@sowi.hu-berlin.de

Dr. Dagmar Simon
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
Tel.: 030 / 25 49 10
Fax: 030 / 22 49 16 84

Dr. Vera Sparschuh
Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin
Tel.: 030 / 20 93 42 76
Fax: 030 / 20 93 14 29

Dr. Steffen H. Wilsdorf
Universität Leipzig
Institut für Soziologie
Humboldtstraße 1
04105 Leipzig
Tel.: 0341 / 973 36 49
Fax: 0341 / 973 56 69

Karin Lohr, Dr., Studium der Wirtschaftswissenschaften und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, Abschluß als Diplom-Soziologin, 1980 Promotion zur Dr. oec., 1987 Habilitation zum Dr. sc.; genwärtig Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität; Lehr- und Forschungsschwerpunkte: Industrie- und Betriebssoziologie, Arbeitsbeziehungen, Industrielle Restrukturierung in Ostdeutschland, Technik und Innovation, Umstrukturierung der ostdeutschen Forschungslandschaft; ausgewählte Aufsätze: Ausbildung und Einsatz von Soziologen in der DDR - Stand und Perspektiven, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis 3/1990; Management und Belegschaft im wirtschaftlichen Wandel - Brüche und Kontinuitäten, in: Heidenreich, M. (Hrsg.), Krisen, Kader, Kombinate, 1992; Soziologie und Industriosociologie in der DDR - Eine kritische Bilanz (gemeinsam mit F. Ettrich), in: Schmidt, R. (Hrsg.), 1993, Zwischenbilanz, Berlin; Industrielle Beziehungen im Wandel (gemeinsam mit S. Röbenack, E. Schmidt), in: Schmidt, R./Lutz, B. 1995, Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland, Berlin.

Dagmar Simon, Dr., Politologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Referat Forschungsplanung und -koordination des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung; Forschungsinteressen: Wissenschaftsforschung und Wissenschaftssoziologie; neuere Veröffentlichungen zur Transformation des Wissenschaftssystems in Ostdeutschland.

Vera Sparschuh, Dr., z. Z. beschäftigt an der Humboldt-Universität im Rahmen des Wissenschaftlerintegrationsprogramms im HEP; Arbeitsschwerpunkte: Soziologie- und Gesellschaftsgeschichte (speziell die der DDR), Wissens- und Wissenschaftssoziologie (Sozialwissenschaften in den neuen Bundesländern und z. T. auch in Ost- und Mitteleuropa), Kulturosoziologie; Publikationen: DDR-Soziologiegeschichte aus der Akteurperspektive, in: Balla, B.; Sterbling, A.

(Hrsg.), *Soziologie und Geschichte - Geschichte der Soziologie*, Hamburg, 1995; *Der Nachlaß der DDR-Soziologie - bloßes Archivmaterial oder soziologisches Forschungsfeld?* Discussion Paper des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung P 92-001 (gemeinsam mit Dagmar Simon); *Marxist sociology: The Case of the German Democratic Republic*, in: Langer, J. (Hrsg.), *Emerging Sociology*, Avebury, London, 1992.

Steffen H. Wilsdorf, Dr., geb. 1940, nach Studium der Wirtschaftsmathematik seit 1965 ständig im Bereich Soziologie der Leipziger Universität beschäftigt, 1971 Promotion, 1986 Habilitation, heute wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie, Privatdozent; Schwerpunkte seiner Arbeit sind in der Lehre die Methodenausbildung, in der Forschung hat er sich in den letzten Jahren mit wissenschafts- und berufspolitischen Fragen des Transformationsprozesses bei Sozialwissenschaftlern in den neuen Bundesländern befaßt, und er leitet den Leipziger Teil des DFG-Projektes "Berufliche Selbständigkeit in den neuen Bundesländern - Leipziger Gründerstudie", das gemeinsam mit dem Institut für Soziologie der Universität München bearbeitet wird.